



Allianz für
Beteiligung

STADTMANNHEIM²



Baden-Württemberg
STAATSMINISTERIUM



Pressemitteilung

„Bürgerbeteiligung ist Zugewinn an Kompetenz“

Veranstaltung „Baustelle Bürgerdemokratie“ benennt wichtige Themen der Bürgerbeteiligung / Bundesminister a.D. Heiner Geißler und Staatsrätin Gisela Erler diskutieren mit

Stuttgart, 23. Oktober 2014. Rund 180 Bürgerinnen und Bürger aus der Region Mannheim und aus ganz Baden-Württemberg haben sich am gestrigen Mittwoch bei der Veranstaltung „Baustelle Bürgerdemokratie“ in Mannheim zu wichtigen Fragen der Bürgerbeteiligung ausgetauscht. Ihre Gesprächspartner waren dabei unter anderem Dr. Heiner Geißler, Bundesminister a.D., Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg, Dr. Peter Kurz, Oberbürgermeister von Mannheim und Gudrun Heute-Bluhm, Hauptgeschäftsführerin des Städtetags Baden-Württemberg. Inhaltlich ging es um die Themen direkte Demokratie, das Verhältnis von Politik und Initiativen der Bürgerbewegung sowie um die Rolle von Medien bei Bürgerbeteiligungsprozessen. Nach den Erfahrungen von Dr. Geißler ist direkte Demokratie, wie zum Beispiel ein Bürgerentscheid, gut geeignet, um die politische Diskussion vor Ort zu beleben. Gleichzeitig mahnt er klare Strukturen an: „Bürgerbeteiligung braucht klare Spielregeln. Bürger brauchen klare Rahmenbedingungen, nur dann bringen sie sich ein. Hier muss der Gesetzgeber arbeiten und diesen Rahmen schaffen“, so Geißler. Ergänzend machte Staatsrätin Erler darauf aufmerksam, dass Bürgerbeteiligung nur dann gelingen kann, wenn Politik und Bürger eng zusammenarbeiten: „Unseren Bürgerinnen und Bürgern ist es zunehmend wichtig, in zentralen Fragen nicht nur beteiligt zu werden, sondern auch mitentscheiden zu können. Dieser Entwicklung müssen sich Politik und Verwaltung stellen“, so Erler. Die Politik sei daher zukünftig noch mehr gefordert, wenn es um die Verstärkung von beteiligenden Demokratieformen gehe. „Wir brauchen ein erweitertes Rollenverständnis von Verwaltung und Politik, dass die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern nicht als Machtverlust, sondern als Zugewinn an Kompetenz verstanden wird“, so Staatsrätin Erler.

Um die Herausforderungen beim Thema Bürgerbeteiligung direkt zu erleben, fand die Veranstaltung auf der Konversionsfläche Benjamin Franklin in Mannheim statt. Die zukünftige Nutzung der ehemaligen Kaserne der US-Armee wird unter Beteiligung der Mannheimer Bürger gestaltet.

„Mannheim hat im Konversionsprozess von Anfang an auf eine umfassende Bürgerbeteiligung gesetzt“, betonte Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz. „Das reicht von unverbindlichen Ideensammlun-

Ansprechpartner:

Dr. Miriam Freudenberger // Initiative Allianz für Beteiligung e.V.
Königstraße 10 A // 70173 Stuttgart // Telefon: 0711 / 335 000-81 // Telefax: 0711 / 335 000-66
E-Mail: Miriam.Freudenberger@allianzinitiative-buergerbeteiligung.bwl.de
Internet: www.allianz-fuer-beteiligung.de

gen über Planungsgruppen mit Bürgerinnen und Bürgern bis hin zu Machbarkeitsstudien und Weißbüchern. An diesem Weg wollen wir auch weiterhin festhalten, denn die Bürger unterstützen uns als ‚Experten vor Ort‘ dabei, möglichst optimale Lösungen zu finden.“ Von diesen Maßnahmen konnten sich die Teilnehmer während einer Projektausstellung und bei geführten Rundgängen zu den Themen „Wohnen auf Franklin“, „Sport auf Franklin“ und „Nachhaltigkeit auf Franklin“ selbst ein Bild machen.

Im Anschluss daran tauschten sich die Teilnehmer im „Politikforum“ mit Vertretern der Politik und der Zivilgesellschaft aus, wie die Politik mit Beteiligungsinitiativen umgehen kann. Dabei stand u.a. die Frage im Mittelpunkt, wie Vertrauen entstehen kann, so dass Bürgerbeteiligung nicht zur Alibi-Funktion wird. Hierbei waren sich die Teilnehmer einig: Es gibt keine grundsätzliche Vertrauenskrise zwischen Bürgern und Politik. Allerdings geht viel Vertrauen verloren, weil verbindliche Regeln für Bürgerbeteiligung fehlen. Die Teilnehmer forderten deshalb die Politik auf, eine Transparenz über die Themen der Bürgerbeteiligung zu schaffen, objektiv und frühzeitig zu informieren und auch die Gruppen in einen Beteiligungsprozess einzubringen, die häufig außen vor bleiben. Im „Medienforum“ hingegen diskutierten die Teilnehmer gemeinsam mit Journalisten über die Rolle von Medien in Bürgerbeteiligungsprozessen. Hier wurde deutlich: Bei Beteiligungsprozessen ist es wichtig, Vertrauen zwischen den Medien und den Akteuren vor Ort aufzubauen. In diesem Zusammenhang forderten die Teilnehmer einen unabhängigen Lokaljournalismus ein, denn gerade lokalen Medien käme bei der Meinungsbildung in Beteiligungsprozessen eine besondere Verantwortung zu. Auf der anderen Seite machten die Journalisten deutlich, dass sie häufig nicht den Raum und die Kapazität haben, Positionen zu Beteiligungsprozessen in dem Umfang auszuarbeiten, wie es sich die Akteure vor Ort wünschen. Außerdem betonten die Journalisten, dass guter Journalismus Geld kostet - und dass jeder Einzelne zum Niedergang des Qualitätsjournalismus beiträgt, wenn er Inhalte nur noch umsonst im Internet konsumiert.

Am Ende der Veranstaltung zogen die Organisatoren ein positives Resümee: „Unser Ziel war es, Ansätze der Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg vorzustellen und Erfahrungen weiterzugeben. Außerdem wollten wir Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, zu wichtigen Themen der Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg zu diskutieren. Dies ist uns gelungen und wir werden nun an die Inhalte der Diskussionen anknüpfen“, fasst Dr. Miriam Freudenberger von der Allianz für Beteiligung stellvertretend für die Veranstalter zusammen.

Diese Pressemitteilung sowie Pressefotos und Informationen zur Veranstaltung können auf der Internetseite der Allianz für Beteiligung (www.allianz-fuer-beteiligung.de) heruntergeladen werden.

Ansprechpartner:

Dr. Miriam Freudenberger // Initiative Allianz für Beteiligung e.V.
Königstraße 10 A // 70173 Stuttgart // Telefon: 0711 / 335 000-81 // Telefax: 0711 / 335 000-66
E-Mail: Miriam.Freudenberger@allianzinitiative-buergerbeteiligung.bwl.de
Internet: www.allianz-fuer-beteiligung.de

Informationen über die Veranstalter:

Allianz für Beteiligung

Die Allianz für Beteiligung ist ein unabhängiges Netzwerk von AkteurInnen in Baden-Württemberg, die sich für eine Stärkung der Bürgerbeteiligung und der Zivilgesellschaft einsetzen. Den Impuls zur Gründung der Allianz für Beteiligung hat Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg auf dem „Kongress für Beteiligung“ 2012 gegeben. Die Allianz für Beteiligung wird von der Baden-Württemberg Stiftung, der Robert Bosch Stiftung, der Breuninger Stiftung und der Führungsakademie Baden-Württemberg gefördert. Weitere Informationen unter: www.allianz-fuer-beteiligung.de

Stadt Mannheim – Geschäftsstelle Konversion

Die Stadt Mannheim ist für seine „Amerikanische Historie“ bekannt. Der Abzug der amerikanischen Streitkräfte bis spätestens 2015 stellt die Stadt vor die große Herausforderung der Konversion. Für die Koordination des Konversionsprozesses wurde im Jahr 2010 die Geschäftsstelle Konversion eingerichtet. Sie verbindet alle Einzelfacetten des Vorhabens und bindet die Bürgerschaft in die Konversion der ehemaligen Militärgelände ein. Für die Entwicklung und Vermarktung der Konversionsflächen wurde eine eigene Entwicklungsgesellschaft, die MWS Projektentwicklungsgesellschaft mbH (MWSP) als Tochter der Stadt Mannheim und der GBG - Mannheimer Wohnungsbaugesellschaft mbH (GBG) gegründet. Weitere Informationen unter: www.konversion-mannheim.de

Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung des Landes Baden-Württemberg

Staatsrätin Gisela Erler ist Mitglied im Kabinett und hat die Anliegen der Zivilgesellschaft und die Stärkung der Bürgerbeteiligung im Blick. Die Staatsrätin versteht sich als Botschafterin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung. Die Landesregierung möchte eine „Politik des Gehörtwerdens“ umsetzen. Mehr und mehr soll diese neue Haltung auf allen Ebenen der Verwaltung zutage treten. Die Menschen im Land sollen informiert werden, mitreden und auch mitentscheiden können. Weitere Informationen unter: www.beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB)

Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) ist die zentrale überparteiliche staatliche Einrichtung für die politische Bildung in Baden-Württemberg und wendet sich an alle Bürgerinnen und Bürger des Landes. Sie gehört zum Geschäftsbereich des Landtags von Baden-Württemberg und hat ihren Hauptsitz in Stuttgart. Für die regionale Arbeit unterhält die Landeszentrale Außenstellen in Freiburg im Breisgau und Heidelberg. Weitere Informationen unter: www.lpb-bw.de

Ansprechpartner:

Dr. Miriam Freudenberger // Initiative Allianz für Beteiligung e.V.
Königstraße 10 A // 70173 Stuttgart // Telefon: 0711 / 335 000-81 // Telefax: 0711 / 335 000-66
E-Mail: Miriam.Freudenberger@allianzinitiative-buergerbeteiligung.bwl.de
Internet: www.allianz-fuer-beteiligung.de